

BÜRGERLISTE GOSLAR

unabhängig - kompetent - innovativ

Presseinformation vom 27.3.2014

Bürgerliste gegen Privatisierung des Betriebshofes **„Mitarbeiter und Steuerzahler müssten die Zeche zahlen!“**

Die Ratsfraktion der Bürgerliste Goslar sieht die Gefahr, dass der vom Oberbürgermeister geplante Unterausschuss „Betriebshof“ zu einer reinen Alibiveranstaltung verkommt. Die von SPD- und CDU-Sprechern bereits im Vorfeld formulierte Forderung nach Ausgliederung von Grau-Grün an Eurawasser sei nichts anderes als eine Privatisierung von hinten durch die kalte Küche. Die Betriebshof-Mitarbeiter und die städtischen Steuer- und Gebührenzahler müssten letztlich die Zeche bezahlen, betonte Bürgerlisten-Fraktionsvorsitzender Henning Wehrmann. Der private Anteilseigner wolle durch seine Beteiligung Gewinne erzielen, die von den Bürgern finanziert werden müssen.

Nach Ansicht der Bürgerliste ist es bezeichnend, dass nach monatelangem Schweigen von CDU und SPD ein solcher Vorstoß nur wenige Tage nach der Ratswahl erfolgt. Wehrmann spricht von einer „GroKo der Privatisierer“, die bereits seit vielen Jahren im Aufsichtsrat der Stadtentwässerung Goslar GmbH (SGG) auf dieses Szenario hinarbeitet und den Betriebshof durch verweigerte Investitionen regelrecht abgewirtschaftet hat. Zu den politisch Verantwortlichen gehören neben SPD-Fraktionsvize Gerd Politz und SGG-Aufsichtsratschef Armin Kalbe (CDU) auch der FDP-Fraktionsvorsitzende Christian Rehse. Letzterer wurde nicht von der Stadt sondern vom privaten Mitgesellschafter Eurawasser in den SGG-Aufsichtsrat berufen. Für Wehrmann verschwimmen hier die Grenzen zwischen der Vertretung städtischer Interessen im Aufsichtsrat und dem Lobbyismus für den privaten Mitgesellschafter in der Ratsarbeit: Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Das Lob von Kalbe und Politz für das Privatisierungsmodell SGG vermag Wehrmann jedenfalls nicht zu teilen. Dafür liegen ihm die letzten drastischen Erhöhungen der Abwassergebühren für die Goslarer Bürger noch zu schwer im Magen. Diese waren notwendig geworden, weil der nicht öffentlich tagende SGG-Aufsichtsrat zu spät auf die sinkenden Einwohnerzahlen reagiert hatte – für Wehrmann eine direkte Folge der Teilprivatisierung. Fazit der Bürgerliste: Öffentliche Aufgaben dieses Kalibers – und dazu zähle auch der städtische Betriebshof - gehören öffentlich behandelt und nicht in den intransparenten Aufsichtsrat einer GmbH.